

2018-01-25

An den

Präsidenten des Burgenländischen Landtages

Christian Illedits

Landhaus

7000 Eisenstadt

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter

betreffend „**Fortführung der Aktion 20.000**“

Mitte 2017 wurde die Arbeitsmarktinitiative „Aktion 20.000“ des Sozialministeriums für Menschen über 50 Jahre, die seit mindestens einem Jahr keine Arbeit haben, eingeführt. Für diese Arbeitslosenzielgruppe sollten 20.000 neue Arbeitsplätze in ganz Österreich geschaffen werden.

Die Aktion setzte es sich zum Ziel, ausschließlich zusätzliche Jobs zu fördern, beispielsweise in Gemeinden und gemeindenahen Bereichen, im Öffentlichen Dienst, bei gemeinnützigen Organisationen oder sozialen Unternehmen. Für das Burgenland wurde die Region Oberwart als Modellregion bestimmt.

Nach nur einem halben Jahr wurde die Aktion 20.000 mit Ende 2017 ausgesetzt, Anträge sind damit seither nicht mehr möglich. Zwar werden noch jene Anträge behandelt, die bis zum 31. Dezember 2017 genehmigt bzw. in Arbeit befindlich waren. Doch die neue Bundesregierung gab an, im Sinne einer umfassenden Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik den Fokus auf bestehende Qualifizierungsmaßnahmen legen zu wollen.

Vor allem für Gemeinden, soziale und gemeinnützige Organisationen hätte diese Aktion allerdings sehr hilfreich sein können. Zudem hätte die Möglichkeit bestanden, älteren Arbeitslosen eine Beschäftigung in ihrem Lebensumfeld bieten zu können und weitere finanzielle Belastungen durch lange Arbeitswege zu vermeiden.

Klar ist auch, dass Gemeinden, soziale und gemeinnützige Organisation Vorlaufzeiten von mehreren Monaten benötigen, um die Voraussetzungen für die Umsetzung der Rahmenbedingungen zur Aktion 20.000 überhaupt erst herstellen zu können. Dass diese

Vorarbeiten nunmehr völlig umsonst gewesen sein sollen, ist weder den Vertretern der Gemeinden und Organisationen noch den Arbeitslosen im Burgenland zu erklären.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, eine Übergangsfrist für die Aktion 20.000 für zumindest 2 Jahre zu erwirken. Darüber hinaus wird die Burgenländische Landesregierung aufgefordert, in der eigenen Arbeitsmarktpolitik Mittel und Möglichkeiten auszuloten, die Wiederbeschäftigung von älteren Arbeitslosen zu unterstützen.

Manfred Kölly eh.

Gerhard Hutter eh.